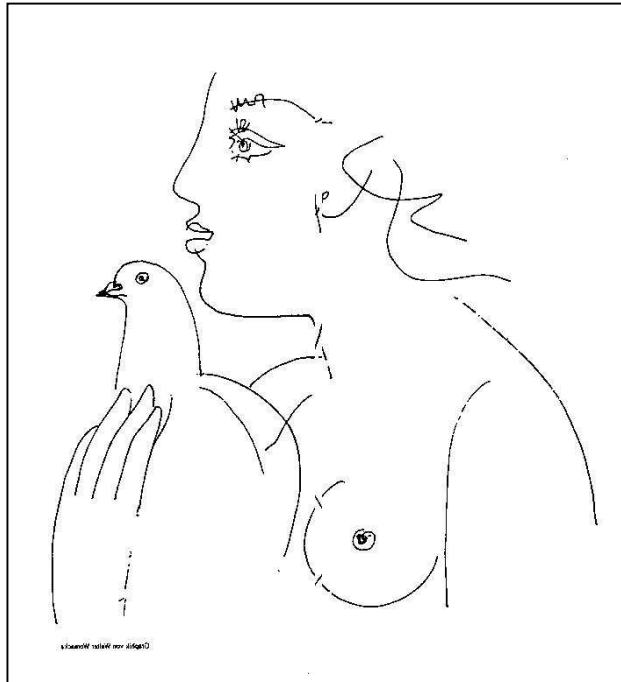


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 31



Um inneren und äußeren Frieden Um soziale Sicherheit

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 15. August 2006

c/o **Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.**

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

Die Fußball-WM ist längst vorüber. Die Euphorie dieser denkwürdigen Tage ist verflogen. Die patriotisch-nationalistischen Gefühle sind abgekühlt. Der rauhe marktwirtschaftliche Alltag diktiert das Dasein. Die „Du bist Deutschland“ - Aufrufe – die Parole wurde von den Nazis entlehnt - haben die Realität des entfesselten Kapitalismus nicht kaschieren können. Die hinter der WM-Nebelwand von der Regierung geschaffenen neuen Belastungen für die einfachen Menschen kommen mehr und mehr ins Bewusstsein.

„Sanierungsfall Deutschland“?

Kanzlerin Merkel hatte im Jubel und Trubel der WM-Ereignisse das Wort vom „Sanierungsfall Deutschland“ fallen lassen.

Muss, um beim Begriffsinhalt „sanieren“ zu bleiben, Deutschland „gerettet“, muss es „lebensfähig“ gemacht werden? Sind die so oft beschworenen „leeren Kassen“ die Wurzel allen Übels, die Folgen der Politik? Zählt Deutschland nicht nach wie vor neben den USA und Japan zu den reichsten Ländern der Welt?

Ist die von Finanzminister Steinbrück wiederholt erklärte Einhaltung der „Maastricht-Kriterien“ der wahre Grund für das bis 2009 angesteuerte Sparprogramm in Höhe von 117 Milliarden Euro?

Vor allem aber: Wo, bei wem, zu wessen Lasten soll gespart werden? Und nicht zuletzt: Warum und wofür soll denn nun wirklich gespart werden?

Bei näherer Betrachtung des Problems offenbart sich, wofür die „Sparzwänge“ „gut“ sein sollen:

- für die Umrüstung der Bundeswehr und ihr „globales Engagement“
- für „die Wirtschaft“ und die „Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit des Standortes Deutschland“.

Wie und warum „Umrüstung“ der Bundeswehr?

Bis 2010 soll ihre globale Interventionsfähigkeit hergestellt sein. Deutschland stellt sowohl für die schnelle „NATO-Eingreiftruppe“ – die Response Forces – als auch für die „EU-Eingreiftruppen“ – die „Battlegroups“ – jeweils ein Drittel aller Truppen. Um die Angriffsfähigkeit der Bundeswehr-Streitkräfte zu gewährleisten, werden 213 Ausrüstungsvorhaben umgesetzt.

In Auftrag gegeben und zum Teil bereits ausgeliefert sind:

Radarsatelliten („SAR-Lupe“), Tornados und Eurofighter („Typhoon“), Strategische Transportflugzeuge (Airbus A 400 M), ein taktisches Luftverteidigungssystem (MEADS), Schützenpanzer (PUMA), High-Tech-

Kampfhubschrauber (TIGER), Transporthubschrauber (NH-90), Seezielflugkörper (RBS 15 Mk 3), Fregatten (Sachsen-Klasse), Korvetten, U-Boote (U-212), Schwergewichtstorpedos (Seehecht) usw.

Schon heute stellt Deutschland – neben den USA - die größten Truppenkontingente bei Auslandseinsätzen. Bundeswehrsoldaten sind in Afghanistan, im Kosovo, in Bosnien-Herzegowina, am Horn von Afrika, im Kongo, in Georgien und in Äthiopien im Einsatz. „Um seine Interessen und seinen internationalen Einfluss zu wahren,... stellt Deutschland ...Streitkräfte bereit, die schnell und wirksam...eingesetzt werden können“, heißt es in den unter der Schröder-Regierung verabschiedeten Verteidigungspolitischen Richtlinien über Sinn und Ziel der Umrüstung der Bundeswehr. Struck, damaliger Bundeswehrminister, erklärte Ende 2002: „Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt.“

In dem vom gegenwärtigen Bundeswehrminister Jung vorgelegten Entwurf eines neuen Weißbuchs der Bundeswehr heißt es u. a., „dass Deutschland auf Grund seines großen Außenhandelsvolumens und der damit verbundenen hohen Abhängigkeit von sicheren Transportwegen und –mitteln in globalem Maßstab verwundbar“ sei. Deshalb sei der „freie und ungehinderte Welthandel ein vorrangiges Interesse deutscher Sicherheitspolitik.“ Insofern müssten „das Recht auf Selbstverteidigung präzisiert und präventives Eingreifen auf völkerrechtlich gesicherter Grundlage geregelt werden.“

Dem deutschen Kapital, dem Exportweltmeister, geht es um den Zugang zu Märkten und Ressourcen anderer Länder, der gegebenenfalls mit militärischen Mitteln erreicht werden soll. Das Völkerrecht soll erforderlichenfalls, um der Profitinteressen der Konzerne willen, umgewandelt werden. Die von der Bush-Administration geübte Praxis der „Selbstverteidigung“ stand offenbar Pate. Und es wird an die Bush-Doktrin von 2002 angeknüpft, die, als Nationale Sicherheitsstrategie bezeichnet, den Präventivkrieg als Option ins Kalkül nimmt.

Die Kongo-Mission und ein möglicher Einsatz im Sudan verdeutlichen die Begierde der deutschen Konzerne auf die Rohstoffe, nicht zuletzt auf die größtenteils noch unerschlossenen Ölquellen des schwarzen Kontinents.

Kanzlerin Merkel äußerte im Zusammenhang mit dem Kongo-Einsatz der Bundeswehr: „Das christliche Menschenbild endet nicht an den Grenzen Deutschlands oder an den Grenzen Europas. Deutschland wolle andere Kulturen mit seinen Grundwerten beeindrucken.“

In den Chefetagen der Konzerne und Großbanken werden die „Grundwerte“ nach der Höhe der Rendite berechnet.

Bundeswehrminister Jung übersetzte: „Die deutsche Energieversorgung müsse militärisch gesichert werden, da die freie und sichere Energieversorgung zu den sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands gehöre.“ Zum Kongo-Einsatz erläutert er, dass die Demokratisierung dieses rohstoffreichen Landes „auch im Interesse einer besseren wirtschaftlichen Zukunft für uns und unsere Märkte“ sei.

Die Bundeswehr soll also für globale Einsätze interventionsfähig gemacht werden. Für die erforderliche Umrüstung sind horrendes Mittel erforderlich. Auf über 140 Milliarden Euro werden die Kosten für das Umrüstungsprogramm beziffert.

Der Bundeswehretat, der zur Zeit 23,6 Milliarden Euro ausmacht, soll bis 2010 auf 26,1 Milliarden Euro erhöht werden.

Und das bei „leeren Kassen“?

Da reichen die von Steinbrück in anderen Ressorts vorgesehenen Einsparungen natürlich nicht aus. Und außerdem ist da noch der andere „Sanierungsfall“:

Sorge um die „Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“?

CDU- und SPD-Politiker sorgen sich um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft. „Wir sind uns einig, dass die nominalen Steuersätze gesenkt werden müssen, damit wir international konkurrenzfähig werden“, meint SPD-Vorsitzender Beck. Bemerkungen, die vielleicht noch von „Lieschen Müller“ geschluckt werden. Tatsache ist vielmehr - die Kohl- und vor allem die Schröder-Regierung haben den Konzernen des Exportweltmeisters umfangreiche steuerliche Vergünstigungen angedeihen lassen:

- Mehrmalige Steuersenkungen des Spitzensteuersatzes (um 11%)
- Mehrmalige Senkung der Körperschaftssteuer (von 56 auf 25%)
- Abschaffung der Gewerbesteuer
- Steuerfreiheit bei Veräußerungsgewinnen von Großunternehmen
- Erhöhung der Freibeträge bei der Erbschaftssteuer
- Aussetzung der Vermögenssteuer.

Zusammen mit dem weitgehenden Verzicht, Steuerflucht zu ahnden und Steuerkriminalität konsequent zu verfolgen, verzichtet der Staat auf etliche hundert Milliarden Euro an Steuereinnahmen pro Jahr.

Über 100 Milliarden Euro hat die Schröder-Regierung den Großunternehmen, den Reichen und Superreichen in den Rachen geworfen!

Beck und die Große Koalition setzen diesen Kurs fort, indem sie der Öffentlichkeit vorgaukeln, Deutschland müsse wieder „konkurrenzfähig wer-

den“. Als sei Deutschland nicht Exportweltmeister, sondern ein Entwicklungsland, ein tatsächlicher „Sanierungsfall“.

Doch ab 2008 sollen die Steuersätze für die Gewinne von Kapitalgesellschaften von jetzt 39 % auf dann 29,16 % abgesenkt werden. **Der Staatshaushalt verzichtet damit auf etwa 22 Milliarden Euro Einnahmen.**

Bei privaten Haushalten wird bei Einkünften aus Vermögen (Zinsen und Dividenden) nur noch eine Abgeltungssteuer von 25 % erhoben. Was einer Steuereinbuße von 2 Milliarde Euro gleichkommt.

Professor Jarras, Mitglied der von der ehemaligen Regierung berufenen Kommission zur Reform der Unternehmenssteuer, stellt fest: „Der Staat hat sich selbst bankrottiert.“ Der „Sanierungsfall Deutschland“ erweist sich als Mega-Geschäft der deutschen Konzerne. Zumal Deutschland die zweitniedrigste Steuerquote in der EU aufweist.

Fragt sich, wer eigentlich diese Großzügigkeiten bezahlen soll? Die Staatsverschuldung hierzulande belief sich Ende 2005 auf sage und schreibe 1.447.000.000 Euro. Was eine Pro-Kopf-Verschuldung von 17.552 Euro bedeutet. Wie sollen die durch diese Transaktion und durch das Geschäft der Rüstungskonzerne geleerten Kassen wieder gefüllt werden?

Mit „bewährten Reformen“ weiter voran?

Die Schröder-Regierung hat, von der CDU/CSU wiederholt des „Reformstaus“ bezichtigt, einen rigorosen „Reform“-Kurs auf Kosten der Bevölkerung gefahren.

Unter Reform verstand man bislang „Verbesserung“ und „friedliche Umgestaltung“.

Die SPD-geführte Bundesregierung belehrte die Bürger eines anderen. „Reform“ im neoliberalen Verständnis erwies und erweist sich als

- Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme
- Etablierung einer Zwei-Klassen-Medizin
- Abbau und Abwicklung des Sozialstaates
- Robuste Umverteilung von unten nach oben
- Polarisierung zwischen Arm und Reich.

Manche Bürger sprechen auf Grund der mit solchen „Reformen“ gesammelten Erfahrungen von einem „Kalten Krieg“ gegen die Grundinteressen des Volkes.

Die Merkel-Regierung der Großen Koalition setzt den verhängnisvollen Kurs fort, für den die Schröder-Regierung alle Voraussetzungen geschaf-

fen hatte: mit der Steuer-„Reform“, der Hartz-„Reform“, der Gesundheits-„Reform“, der Renten-„Reform“...

Die Unternehmerverbände wünschen eine noch härtere Gangart.

BDA-Präsident Hundt brachte seine Vorstellungen von „Reform“-Politik auf den Nenner: „Eine Reform, die niemandem weh tut, kann die Probleme nicht lösen.“ Von Reformen dieser Art ausgenommen sind selbstverständlich die Konzerne, ihre Bosse, die Großbanken, die Reichen...

Steuer-„Reform“ – wie gehabt

Die Steuersenkungen und Steuergeschenke für das Kapital sollen mit Belastungen der Bevölkerung weitgehend aufgefangen werden.

Steinbrück will bis 2010 die 117 Milliarden Euro, von denen er immer wieder spricht, über entsprechende Steuererhöhungen und Einsparungen locker machen. So soll die Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuer jährlich 25 Milliarden Euro bringen.

Durch Kappung der Pendlerpauschale, de facto Halbierung des Steuerfreibetrags, Senkung der Altersgrenze bei Kindergeld und Kinderfreibetrag, Beschränkung der Absetzbarkeit von Arbeitszimmer und Steuerberatungskosten, Kürzung der Steuerbefreiung bei Sonntags-, Nacht- oder Feiertagsarbeit, Streichung des Weihnachtsgeldes für Beamte, Abschaffung der Bergmannsprämie sollen weitere Milliarden eingetrieben werden. Die Bundesregierung geht davon aus, durch Steuererhöhungen, Kürzungen und Streichungen bis 2009 die Bürger um mehr als 80 Milliarden Euro zu schröpfen. Vor allem betroffen sind lohnabhängig Beschäftigte, ärmere Schichten und kleine Unternehmen.

Hartz-V im Blick?

70 bis 80 Milliarden Euro gehen dem Fiskus als Ergebnis der Arbeitslosigkeit pro Jahr durch Mindereinnahmen bei Steuern und Belastungen verloren. Für die Herrschenden in der Bundesrepublik zahlt sich Massenarbeitslosigkeit allerdings aus. Soziale Unsicherheit bei den noch Beschäftigten, ein immer geringerer Krankenstand, Konkurrenz zwischen den Berufstätigen, Aufweichung des Tarifsystems und beständiger Lohn- druck sind einige der Folgen.

Angesichts solcher für die Intensivierung der Ausbeutung und die Steigerung der Unternehmensgewinne günstigen Folgen wird der Kampf nicht gegen die Arbeitslosigkeit, sondern gegen die Arbeitslosen geführt.

Die Bundeskanzlerin hat erklärt, sie wolle Hartz-IV „optimieren“.

Bei ALG-I-Empfängern unter 55 Jahren wurde bereits ab Februar 2006 die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf 12 Monate verkürzt.

Seit dem 1. August 2006 ist das so genannte „Hartz-IV-Fortentwicklungsgesetz“ in Kraft. Es umfasst rund **70 Änderungen** bei den bisherigen Regelungen.

So ermöglicht es eine regelrechte Überwachung von Langzeitarbeitslosen, deren Zahl ständig wächst. Kontrollen und Strafen sollen zur Reduzierung bzw. Streichung bisheriger Leistungen beitragen. Vizekanzler Müntefering dazu: „Anderes steht noch aus.“ CSU-Generalsekretär Söder meint, die getroffenen Veränderungen könnten „nur ein erster kleiner Schritt“ sein. SPD-Vorsitzender Beck verurteilt die „Mitnahmementalität“ der Erwerbslosen. Die Bundesagentur für Arbeit will 2006 einen Rekordüberschuss erzielen. 1,5 Milliarden Euro sollen allein dadurch eingespart werden, indem für ALG-II-Empfänger nur noch 40 statt bisher 78 Euro an die Rentenversicherung überwiesen werden.

Kanzlerin Merkel kündigte indes eine umfassende Revision der Arbeitsmarkt-„Reform“ Hartz-IV an.

Der frühere Arbeitgeberpräsident Henkel meint der Sache nur einen anderen Namen geben zu müssen. Die Maßnahmen gegen ALG-Empfänger sollen allerdings verschärft werden. **Hartz-V lässt grüßen!**

Das Heer der Arbeitslosen soll dauerhaft vergrößert werden.

Krankes Gesundheitswesen

Mit über 11 Milliarden Euro jährlich belastet die zum 1. Januar 2004 beschlossene Gesundheits-„Reform“ Kranke und Versicherte. Und zwar über Praxisgebühren, höhere Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Medikamente, Kuren und Krankenhausaufenthalte, einen Sonderbeitrag für Versicherte und die Streichung bzw. Kürzung von Leistungen.

Ein Sonderbeitrag für Zahnersatz von 0,9 % folgte. Die versprochene Senkung der Kassenbeiträge blieb aus.

Kanzlerin Merkel leitete nun, wie sie sagte, „eine ganz neue Etappe des Gesundheitssystems“ ein.

Die Überschüsse der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind infolge stagnierender Grundlohnsummen, des Rückgangs sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze und gestiegener Ausgaben für Arzneimittel empfindlich zurückgegangen.

Der gegenwärtige Bundeszuschuss von 4,2 Milliarden Euro zur Refinanzierung versicherungsfremder Leistungen wird gestrichen. Eine Milliarde Kostensteigerungen entstehen durch die Mehrwertsteuererhöhung.

Der von der Schröder-Regierung beschrittene Weg der Abkehr von der paritätischen Finanzierung der GKV wird fortgesetzt.

Die Bundesregierung will einen Gesundheitsfonds zur Finanzierung der GKV einrichten. In ihn sollen die Beiträge von Unternehmen und Arbeitnehmern sowie Steuermittel einfließen. Der Steuerzuschuss soll 1,5 Milliarden Euro für 2008 und drei Milliarden Euro im Jahre 2009 ausmachen. Die dennoch bleibende Finanzierungslücke muss der Beitragszahler schließen. Die Kassenbeiträge steigen zunächst noch paritätisch um jeweils 0,25 Prozentpunkte, bei Unternehmen auf 6,9 %, bei Arbeitnehmern (einschließlich Sonderbeitrag von 0,9 %) auf 7,8 %.

Geplant ist, die Unternehmensbeiträge einzufrieren. Faktisch stagnieren sie schon auf dem im Jahre 2000 erreichten niedrigen Niveau.

Die private Krankenversicherung wird zur Finanzierung des Gesundheitssystems nicht herangezogen.

Die Pharmaindustrie bleibt unbehelligt. Sie registriert weiterhin – mit steigender Tendenz – Riesenprofite.

Eine Gesundheitssteuer ist in der Diskussion. Die Bundesregierung will die „Reform“ des Gesundheitssystems in der nächsten Legislaturperiode fortsetzen.

Heftige Kritik der Unternehmerverbände an den jetzigen Beschlüssen veranlasste sie offenbar zu dieser Ankündigung. Deren Forderungen bleiben auf der Tagesordnung: Reduzierte Kassenleistungen, höhere Zuzahlungen der Versicherten, monatliche Kopfpauschale für alle von 180 Euro!

Auch Rentner weiter abzocken

Beständig sinkt das Rentenniveau für Bestandsrentner. Die Ansprüche künftiger Ruheständler werden reduziert. Die Schröder-Regierung hatte entsprechend einer „kurzfristigen“ Forderung von BDA-Chef Hundt den Rentnern die ersten „Nullrunden“ verpasst. Was bei der jährlichen Teuerungsrate von durchschnittlich zwei % einer Rentenkürzung gleichkam. Außerdem wurden die Renten durch Zahlung des vollen Pflegehilfssatzes und den Sonderbeitrag zur Krankenkasse abgezockt.

Gleich zu Beginn der Großen Koalition verkündete Vizekanzler Müntefering zur Zukunft der Rente: „Steigen wird sie jedenfalls nicht.“

Für die ganze Legislaturperiode sind Nullrunden programmiert. Sie sollen zu einer ständigen Einrichtung werden. Bleibt die jährliche Teuerungsrate von durchschnittlich zwei %, und davon ist auszugehen, so bedeutet das alle fünf Jahre den Verlust einer ganzen Monatsrente.

Dabei ist die Mehrwertsteuererhöhung noch nicht einmal berücksichtigt.

Nach Berechnungen des Bundesfinanzministeriums bedeutet das ab 2007 für einen Rentner den Verlust von zusätzlich 270 Euro im Jahr.

Ab 2012 bis 2016 sollen die „nicht realisierten Dämpfungen der Rentenanpassungen“ – infolge niedriger Lohnerhöhungen – nachgeholt werden. Künftige Rentner erhalten durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, also die Erhöhung des Renteneintrittsalters, zwei Jahre weniger Rente gegenüber der jetzigen Regelung.

Das Netto-Rentenniveau soll von zur Zeit 70 % auf etwa 55 % im Jahre 2030 heruntergefahren sein. Die Rente eines Durchschnittsverdieners würde dann nur 30 Euro über der Armutsschwelle liegen. (Der Spiegel, 13.3.06)

Nicht wenige Rentner- und künftig zunehmend mehr – bewegen sich auf die Grundsicherung zu. Altersarmut steht ins Haus.

Polarisierung schreitet voran

Wovon hatte doch Kanzlerin Merkel am Jahresanfang gesprochen? Davon, dass „jeder seinen Beitrag leisten“ müsse. Zum „Aufschwung der Wirtschaft“? Für den „Sanierungsfall Deutschland“?

Wie es um den „Beitrag“ der unterschiedlichen sozialen Kräfte in diesem Lande bestellt, zeigen einige Fakten:

Der Geldschatz der Aktionäre und Gesellschafter, der oberen Manager, der Reichen eben; ist in fünf Jahren um ein Fünftel auf 4,3 Billionen Euro gestiegen. Oder, anders ausgedrückt: 1993 verfügten die reichsten zehn % der deutschen Haushalte über 44,5 % des Nettogeldvermögens. Zehn Jahre später beträgt dieser Anteil 51 %.

Die 2004 gezählten 92 deutschen Milliardäre verfügten über ein Gesamtvermögen von 254,5 Milliarden Euro.

Großunternehmen, Banken und Versicherungen brillieren mit Supergewinnen. So betrugen die ausgewiesenen Jahresüberschüsse der 30 profitstärksten deutschen Großunternehmen im Jahre 2005 über 62 Milliarden Euro. Die Deutsche Bank beispielsweise erzielte 2005 einen Rekord-Nettogewinn von 3,78 Milliarden Euro.

Das erste Halbjahr 2006 weist bei den führenden Konzernen und Großbanken wiederum Rekordgewinne durch Profitsteigerungen von bis zu 20 % auf. Nicht zuletzt erzielt durch Lohn- und Stellenabbau, der so oft durch Androhung oder Vollzug von Betriebs- bzw. Filialen-Verlagerungen ins Niedriglohn-Ausland erpresst wird.

„Zehn % niedrigere Ausgaben für das Personal bedeuten 40 % mehr Profit...“, beschreibt „Die Zeit“ vom 1. Dezember 2005 die Faustregel des Managements.

Schlagzeilen von Presseorganen reflektieren diesen Vorgang: „Konzerne verdienen unerwartet gut.“ („Handelsblatt“ vom 22. Mai 2006), „Wahnsinnige Gewinne“, stellt „Die Zeit“ am 1. Dezember 2005 fest. Und schließlich die „Berliner Zeitung“ am 3. August 2006 „Gewinne explodieren, Löhne stagnieren“.

Die Konzernherren, Bosse und Manager, sind unzufrieden mit den Ergebnissen der bisherigen „Reform“ - Politik des Merkel-Kabinetts. Die acht Spitzenorganisationen der Unternehmer wollen eine stärkere Absenkung der Steuerquote. Die Lohnnebenkosten sollen weiter gesenkt werden. Die Einsparungen im Staatshaushalt seien zu gering. Von „Reformeißer“ sei nichts zu spüren.

Und wie steht es nun um einen „Beitrag“ der Geldscheffler zum „Gemeinwohl“? Den Grundgesetz-Artikel 14 kolportieren sie auf ihre Weise: „Eigentum verpflichtet...“ – zu nichts!

Die Kehrseite der Medaille?

11 Millionen Menschen in einem der reichsten Länder der Welt zählen zu den Armen. Die Armutsquote stieg in Deutschland von 12,1 % im Jahre 1998 auf 13,5 % im Jahre 2003. Sie ist seitdem weiter angewachsen. Über 3,3 Millionen Haushalte gelten als überschuldet. 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche leben von Sozialhilfe. Ihre Zahl hat sich seit 2004 fast verdoppelt.

Die Reallöhne in Deutschland sind von 1995 bis 2004 um 0,9 % gesunken. In diesem Jahr sinken sie das dritte Jahr in Folge.

2,4 Millionen Menschen arbeiten zu prekären oder Armutslöhnen (zwischen 50 und 75 % des Durchschnittseinkommens).

5,2 Millionen ALG-Empfänger und 2,5 Millionen ALG-I-Empfänger gab es Anfang 2006. Etwa 500.000 Arbeitslose befanden sich – von geschöner Statistik nicht mehr erfasst – in Trainingsmaßnahmen, waren Ich-AGler und Existenzgründer, Ein-Euro-Jobber oder Menschen, die sich nach vergeblicher Jobsuche frustriert zurück gezogen haben, Menschen, die vorzeitig aus dem Berufsleben ausscheiden und mit entsprechenden Einbußen in Rente gehen, Schüler und Studenten, die ihren Abschluss „vertagen“, weil ihre Jobsuche erfolglos verläuft. Sie alle tauchen in der Statistik nicht mehr auf. Überfüllt sind die Gefängnisse des Landes.

Wer nicht weitere Einbußen seines Lebensniveaus hinnehmen will, dem empfiehlt Münzfefering: „Da kann man Verschiedenes versuchen: Balalaika spielen oder Lotto spielen...“ Wer den Schaden hat, den versorgt der Vizekanzler mit beißendem Spott!

Die Polarisierung zwischen Arm und Reich kommentiert die „Berliner Zeitung“ vom 4. August 2006 so: „Es profitiert eine schmale Schicht am

oberen Ende der Einkommenskala, während unten immer mehr Menschen draufzahlen. So geht die Schere zwischen arm und reich immer weiter auf...“ **Der kalte Krieg der Herrschenden gegen „unten“ lässt diese Kluft immer schmerzhafter und gefährlicher auseinanderklaffen.**

„Die große Koalition tritt den bereits von Rot-Grün ausgetrampelten Irrweg weiter aus, für Unternehmen, Besserverdiener und Vermögende die Steuern zu senken und die Löhne der abhängig Beschäftigten nach unten zu drücken. Das ist weder volkswirtschaftlich rational noch sozialpolitisch verantwortlich und gefährdet den sozialen Frieden im Land“, erklärt Oskar Lafontaine. (Junge Welt, 4.August 2006)

„Schluss mit den Reformen gegen uns!“

So lautete das Motto der Berliner Demo am 3. Juni 2006 gegen Sozialabbau und für inneren und äußeren Frieden.

Die Bundesregierung, die sie tragenden Parteien und die meisten Medien waren in Vorbereitung der Fußball-WM monatelang bestrebt, ein „Wir-Gefühl“ in der Öffentlichkeit zu entwickeln, „Volksgemeinschaft“ zu beschwören. Die von der Bertelsmann AG schon 2005 initiierte Kampagne erreichte zur WM ihren Höhepunkt. Die WM ist Vergangenheit.

„Der Rausch der Fußballweltmeisterschaft und der Sommerzeit verfliegt schnell“, bemerkte die „Berliner Zeitung“. Und fügte hinzu: „Der Blick schärft sich wieder...“

Der Blick schärft sich wieder?

Um zu erkennen, dass hinter der schönen WM-Fassade die Große Koalition zielstrebig das Geschäft der Großen Konzerne und der Großbanken besorgte?

Um zu erfassen, dass die Widersprüche in dieser Gesellschaft nicht verschwunden sind, sondern dass sie im Gefolge der „Reform“-Beschlüsse der Großen Koalition schmerzhafter denn je aufbrechen werden?

Die Mehrwertsteuererhöhung, die Erhöhung des Rentenalters, neue Steuervergünstigungen, die so genannte Gesundheitsreform sowie Beschlüsse für den Kongo-Einsatz der Bundeswehr und zur Erweiterung ihres Engagements in Afghanistan sind über die politische Bühne gebracht.

Die neoliberale Globalisierung, die die Neuaufteilung der Welt zum Ziel hat und Rekolonialisierung einschließt, muss sich dabei zwangsläufig der militärischen Gewalt bedienen.

Die Militarisierung der internationalen Beziehungen, der Außen- und der Außenhandelspolitik des Staates frisst zunehmend mehr Mittel. Für neue Waffen und Waffensysteme.

Die Politik der Berliner Koalition bittet den Bürger fortlaufend zur Kasse. Sie verlangt, dass er im Prozess des Sozialabbaus „Eigenverantwortung“ übt und „Eigenvorsorge“ betreibt. Diese Politik schließt die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme ein, auf Kosten der sozialen Daseinsvorsorge und des Lebensniveaus der einfachen Menschen.

Umrüstung und immer mehr Militäreinsätze der Bundeswehr einerseits sowie Sozialabbau andererseits sind nicht voneinander zu trennen. Und wenn dann noch die Umverteilung von Unten nach Oben oberste Maxime des Handelns der Regierung ist, dann wird der innere Friede immer mehr in Frage gestellt.

Nun meint die „Berliner Zeitung“: „Der Blick schärft sich wieder...“

Das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage scheint das zu bestätigen. Danach sind nahezu 75 % der Bürger unzufrieden mit der Politik der Bundesregierung.

Wenn diese Unzufriedenen ein progressives Wir-Gefühl und -Bewusstsein entwickelten und gemeinsam aufstünden, dann müsste es mit dem Teufel zugehen, wenn es ihnen nicht gelänge, einen Stopp der „Reformen gegen uns“ zu erreichen und eine andere Politik zu erzwingen, um solche Forderungen durchzusetzen, wie sie auf der Berliner Demo am 3. Juni 2006 und auf vielen anderen Protestkundgebungen erhoben worden sind:

- Ein gesetzlicher Mindestlohn
- Verzicht auf Erhöhung der Mehrwertsteuer
- Ein ausreichendes garantiertes Mindesteinkommen für die Erwerbslosen
- Rücknahme der Agenda 2010 und der Hartz-IV-Gesetze
- Ein einheitliches und bedarfsdeckendes Gesundheits- und Sozialsystem
- Schluss mit den „Nullrunden“ für die Renten
- Rücknahme aller Gewinnsteuersenkungen und Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Uneingeschränkter Zugang zu und Ausbau von Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen ohne Studiengebühren und Eliteuniversitäten
- Kürzung des Bundeswehretats um 10 %
- Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr
- Rigorose Abrüstung!

Für diese Forderungen einzutreten sind wir alle aufgerufen!